

# Berufsausbildung im DIALOG



## Erster DIALOG am 28.9.2022

**„Jugendliche am Übergang von der Schule in eine weiterführende höhere Schule oder eine Berufsausbildung bestmöglich unterstützen!“ Das haben sich die beteiligten Menschen im Projekt „Berufsorientierung im DIALOG“ vorgenommen. Der erste DIALOG dazu hat am 28. September im TechnoZ stattgefunden.**

Um zu verstehen, warum es zwar eine Menge an tollen Angeboten in der Beratung an den Schulen und durch AMS, WK und AK vor Ort in den Regionen aber auch im Internet gibt, diese aber oft nicht bekannt sind und die Zielgruppen nicht erreichen, haben die Projektpartner/-innen Ende September zu einem ersten Dialog ins TechnoZ Braunau eingeladen. Vertreter/-innen von Schulen, dem Zentrum für Interkulturalität Braunau (ZIMT), dem Ausbildungszentrum Braunau (ABZ), der AK, der WK, dem AMS, Jugend Coaches und die Leader-Verantwortlichen trafen sich mit Menschen aus anderen Herkunftsländern, die über ihre eigene Bildungs- und Erwerbsbiografie aber auch den Stellenwert von Bildung und Ausbildung in den Herkunftsländern erzählten. Deutlich wurden dabei große Unterschiede beim Stellenwert von Bildung in den Herkunftsländern Rumänien, Kosovo/Albanien und Afghanistan im Vergleich mit Spanien oder Österreich, wo es die duale Berufsausbildung am ausgeprägtesten gibt.



Menschen, die aus den Ländern Süd- und Osteuropas nach Österreich kommen aber auch Afghanen wollen in Österreich in erster Linie Geld verdienen. Die Gründe, warum sie ihr Land verlassen, sind recht unterschiedlich. Die Erwartungen an ein Leben in Österreich sehr ähnlich. Kinder, die der Schulpflicht in Österreich entwachsen sind – in den Herkunftsländern gibt es diese zum Teil nicht oder sie wird zumindest nicht kontrolliert – sollen am liebsten gleich zum Familieneinkommen

beitragen. Und zwar ohne weiterführende Schule oder Lehre. So der Wunsch vieler Eltern, die aus Systemen kommen, in denen Bildung nicht selbstverständlich und oft ein Privileg von Oberschichten ist. Dass dies – nach der Pflichtschule in die Arbeit gehen - auf Grund der Ausbildungspflicht bis 18 in Österreich gar nicht mehr möglich ist, einfach als Hilfsarbeiter zu arbeiten, erfahren viele erst, wenn sie hier auf der Suche nach Arbeitsplätzen für die Kinder sind.

Im Herkunftsland gibt es meist keine ähnlichen Strukturen und Angebote, wie es sie in Österreich gibt. Nur in Spanien ist man gerade auf dem Weg, ein duales Ausbildungssystem aufzubauen. Langsam – Schritt für Schritt. Afghanen, die es sich leisten können, berichten Somayeh Nessary und Abas Noori, die beide aus Afghanistan geflüchtet sind und in Österreich jetzt auch beruflich durchstarten wollen, können zwar im Herkunftsland ein Gymnasium besuchen oder eine Berufsschule machen. Dies gilt aktuell aber nur für Burschen, da Frauen und Mädchen nach einigen Jahren der Liberalisierung heute wieder von der Bildung und dem öffentlichen Leben ausgeschlossen sind. Somayeg ist seit 2011 in Österreich. In Afghanistan hatte sie das Glück, dass sie bei einem Fotografen, bei dem sie viel gelernt hat, mithelfen durfte. Diese Erfahrung half hier nach ihrer Ankunft in Österreich aber erst einmal nichts. Sie suchte Arbeit und fand als Verkäuferin eine Stelle. Lerne schnell deutsch und will sich jetzt weiterbilden. Um Jugendliche und deren Eltern aus ihrem Herkunftsland Afghanistan in Österreich besser erreichen zu können, sollten ihrer Meinung nach die Eltern an den Schulen in der Muttersprache informiert werden. „Dadurch können Hemmschwellen abgebaut und Vertrauen aufgebaut werden“, ist sie überzeugt.

Auch Abas Noori ging sieben Jahre in Afghanistan zur Schule. Mit 16 Jahren flüchtete er aus dem Krisen geschüttelten Land. Im Jahr 2015 erreichte er mit der großen Flüchtlingswelle Österreich. Es dauerte neun Monate, bis er einen Deutschkurs machen konnte. Diesen hat er dann aber richtig genutzt. „Deutsch drei Stunden jeden Tag“, erinnert er sich, „das war sehr intensiv“. Seine Ausdauer hat sich aber ausgezahlt. Heute spricht er perfekt Deutsch. In der Zwischenzeit konnte er auch eine Lehre als Restaurantfachmann absolvieren. Jetzt möchte der junge Afghane eine neue Ausbildung im sozialen Bereich angehen.

In seinem und Somayegs Herkunftsland gibt es zwar öffentliche und private Schulen, die privaten Schulen könne sich aber kaum jemand leisten. Es gibt keine Kindergärten, Bildung wird nicht gefördert. Die Jugendlichen suchen sich in der

Regel im gewerblichen Bereich Jobs. Die Lehre, wie in Österreich, gibt es nicht. „Die Jungs beginnen einfach zu arbeiten und erlernen das Handwerk direkt auf den Baustellen und Werkstätten vor Ort“, erzählt der gebürtige Afghane. Viele würden Mechaniker oder Bauarbeiter. Bildung habe keinen hohen Stellenwert. Die Kinder müssen so bald wie möglich arbeiten, um die Eltern zu unterstützen.

Das erklärt ein Stück weit, warum Afghanen in Österreich, ähnlich wie viele Menschen aus ehemals ost- und südeuropäischen Ländern keine Lust auf Lernen oder eine Lehre haben, sondern für ihre Kinder nach der Pflichtschule eine Arbeit suchen. Was den Stellenwert von Bildung und Berufsausbildung betrifft, gibt es Parallelen zwischen dem Land am Hindukusch und den Staaten Südosteuropas. In den Berufsschulen in Albanien, im Kosovo oder Rumänien lernen junge Menschen zwar die Theorie der jeweiligen Berufsfeldes, Praxismöglichkeiten fehlen aber. Wer dennoch in einem Betrieb ein Praktikum machen möchte, tut dies in der Regel gratis.

„Um trotzdem Geld zu verdienen, weichen die Jugendlichen auf andere Jobs aus, die einen Zuverdienst möglich machen“, erzählt Shala Hashim vom albanischen Kulturverein. Oft schließen sie die Berufsschule nicht ab. Viele wollen ins Ausland, da sie dort mehr verdienen können. Wer es in eine Universität schafft, steht nach dem Abschluss häufig auf der Straße, da es keine adäquaten Jobs für Akademikerinnen und Akademiker gibt. Der Trend zur universitären Ausbildung ist für ihn nachvollziehbar. „Eltern wollen ihren Kindern ein besseres Leben ermöglichen. Sie wollen, dass die Kinder studieren und später einmal Arzt, Anwalt oder andere akademische Berufe ausüben“, sagt Hashim. Für Akademikerinnen und Akademiker gäbe es aber in Albanien zu wenig Arbeit. Viele Studierende müssten als Kellner arbeiten oder sich Gelegenheitsjobs suchen. Manche gehen den direkten Weg. Sie suchen am Ende oder nach der Pflichtschule Arbeit. Das sei ähnlich wie in Afghanistan. „Also alle“, erklärt der gebürtige Albaner, „die nicht zur Uni gehen, suchen sich einen Arbeitsplatz, da sie für die Berufsausbildung keine Bezahlung erhalten“. Lehrlingsentschädigung gibt es nicht. Natürlich nicht, denn es gibt ja auch keine Lehrausbildung.

Auf die Frage, wie man Menschen aus Albanien und dem Kosovo die vielen Berufsorientierungsangebote, die es in Österreich gibt, schmackhaft machen kann, meint Hashim: „Albaner und Kosovaren machen sehr gerne Sport. Besonders beliebt sind Fußball, Boxen, Judo, Karate. Daneben lieben die meisten Musik.“ Ihm schwebt vor, die Jugendlichen und ihre Eltern mit Sport- und

Musikveranstaltungen zur Berufsorientierung zu locken. Möglichkeiten gäbe es auch über den Religionsunterricht. In diese Richtung solle man seiner Meinung nach weiterdenken, wenn es darum geht, neue Strategien und bessere Informationswege zu suchen.

Carolina Gil-Martinez aus Madrid, die heute in Braunau Spanisch unterrichtet und auch das Rucksackprojekt, ein Integrationsprojekt für Eltern von Kindern im Kindergarten, begleitet, kann aus ihrem Herkunftsland Spanien ähnliches berichten wie es die Vertreterinnen aus Afghanistan und Rumänien bereits getan haben. Viele Akademikerinnen und Akademiker, die Spanien aktuell hervorbringt und viel zu wenig adäquate Jobs. Die Abwanderung in andere EU-Länder hält seit Jahren an. Wer nicht weggeht, findet oft jahrelang keinen passenden Job. Nicht umsonst gehört Spanien zu den Ländern mit sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit. Um anderssprachige Eltern in Österreich mit Infos zu verschiedensten Themen und auch Berufsorientierung besser erreichen zu können schlägt sie vor, dass es noch mehr von der Sorte Projekte geben soll, wie das „Rucksackprojekt“<sup>1</sup>.

Aus ihrem ehemaligen Heimatland kann sie berichten, dass das Schulsystem in den letzten Jahren geändert wurde. Von acht Jahren Volksschule, zwei Jahren Hauptschule und zwei Jahren Studium auf jetzt sechs Jahre Volksschule und vier Jahre Hauptschule und dann noch zwei Jahre bis zur Matura. Seit 2020 gibt es auch ein duales Ausbildungssystem, das weiterentwickelt werden soll. Aber auch hier in dem südeuropäischen Land: Praktika werden bis zu 400 Stunden nicht bezahlt.

Der Rumäne Mag. Florin Stanila, der seit 1988 In Österreich lebt, hat bereits vor vielen Jahren am eigenen Leib erfahren, dass sein Studium in Betriebswirtschaft in Österreich nichts wert war. Er hat als Hilfsarbeiter in der AMAG begonnen, sich bis zum Abteilungsleiter hochgearbeitet und später sogar als Produktionsleiter in Südafrika gearbeitet. Heute kann er sich als gut integriert bezeichnen und als Obmann des rumänischen Vereins in Österreich auf eine erfolgreiche Berufskarriere zurückblicken. Am Ende seiner Berufslaufbahn hat er sich schließlich auch noch selbstständig gemacht und unterstützte seine Frau in deren Immobilienfirma.

In Rumänien gibt es aktuell nach vier Jahren Volksschule und vier Jahren Hauptschule Schulen, in denen man in der Theorie Berufe lernen kann. Möglichkeiten für Praxisausbildungen – Fehlanzeige. Stalina ist überzeugt, dass der

---

<sup>1</sup> Mehr Infos siehe: <https://www.integrationsprojekte-oesterreich.at/projekt/projekt-rucksack-kita.html>

Schlüssel für eine gute Berufsorientierung bei den Eltern liegt. Sich hier Gedanken zu machen, wie man diese Eltern und ihre Kinder gut unterstützen kann, lohnt sich seiner Meinung nach.

Serban Daniela aus Rumänien ist seit 2008 in Österreich. Sie findet, dass die deutsche Sprache eine große Barriere ist, wenn es um Integration geht. Auch, wenn Eltern und Jugendliche mit Berufsorientierungs-Angeboten informiert werden sollen. Deshalb engagiert sie sich auch als Dolmetscherin. Derzeit ist sie Laiendolmetscherin für Rumänisch. Die Verbindung der Familie ist wichtig, Schulen sollten sich ihrer Ansicht nach noch viel mehr um Information und Aufklärung kümmern, bevor die Jugendlichen die Pflichtschule verlassen. Denn: Auch für Rumänen, von denen derzeit fast 4000 im Bezirk Braunau leben, ist es wichtig, dass ihre Kinder schnell Geld verdienen und die Familie unterstützen. Hier müssten ihrer Meinung nach die Eltern in Verantwortung genommen werden. Denn einfach nach der Pflichtschule arbeiten gehen funktioniert in Österreich seit einigen Jahren gar nicht mehr. In der „Ausbildungspflicht bis 18“ ist geregelt, dass jede und jeder Jugendliche nach der Pflichtschule entweder in eine weiterführende Schule geht, einen Lehrberuf lernt oder in einem eigens dafür konzipierten Projekt noch besondere Unterstützung am Weg ins Erwachsenenleben bekommt. Das wissen aber viele Eltern nicht.



Günter Haider, Direktor der PTS Braunau und Franz Baischer von der MS Braunau, der für die Berufsorientierungs-Koordinator der Bildungsregion Süd im Innviertel ist,

können aus ihrer Praxis bestätigen, dass viele Eltern davon noch nie gehört haben. Außerdem müssen die beiden Pädagogen fast täglich mit ansehen, wie schwer vielen Kindern eine gute Schul- oder Berufswahl trotz umfassender Information fällt. „Dass Eltern grundsätzlich das Beste für ihr Kind wollen“, liegt für beide auf der Hand. Dass dadurch oder speziell mit der Wahl einer höheren weiterführenden Schule trotz mangelnder Voraussetzungen aber leider auch oft Fehlentscheidungen getroffen werden, die für Jugendliche oft schwere Konsequenzen – Schulabbruch und Scheitern – ist nicht so einfach hinzunehmen. „Das Scheitern in diesem Alter macht etwas mit den jungen Menschen“, wissen beide aus langjähriger Schulerfahrung. Sie versäumen den Anschluss und brauchen oft viele Jahre und große Mühen, um den Einstieg in eine positive Berufslaufbahn zu schaffen.

In der Mittelschule Braunau wird deshalb ab der dritten Klasse viel Aufwand betrieben, die Jugendlichen und deren Eltern bestmöglich auf die Schul- bzw. Berufswahl vorzubereiten, berichtet Franz Baischer. Leider, und das kann auch Günter Haider von der PTS Braunau bestätigen, gibt es Gruppen von Eltern, die man mit den Infos trotz intensiver Bemühungen nicht erreicht. Deshalb engagiert er sich ebenso wie Franz Baischer in diesem Leader-Projekt, das herausfinden will, wo die Hemmschwellen und Hürden liegen, die Eltern und Jugendliche hindern, das vorhandene tolle Angebot für gute Berufsorientierung zu nutzen.



Nach zweieinhalb Stunden intensivem Dialog am 28. September gab es bereits erste neue Erkenntnisse bei allen Beteiligten, an welchen Hebeln in Zukunft angesetzt werden kann. Darüber hinaus wurden neue Kontakte geknüpft und weitere Vernetzungsmöglichkeiten überlegt. „Genau das ist es, was wir in diesem Projekt forcieren wollen“, freute sich Ferdinand Tiefnig, Obmann des Leader-Oberinnviertel Mattigtal-Vereins. „Gemeinsam neues Wissen aufbauen und voneinander und miteinander lernen,“ umschreibt er die Zielsetzung des Projektes. Denn erst, wenn wir wissen, wie andere ticken und auch verstehen, können wir Verständnis entwickeln und darüber nachdenken, wie wir die Angebote vielleicht anders gestalten können, um die Eltern und Jugendlichen zu erreichen. Zudem müssen neue Formate für Begegnung und Austausch geschaffen werden, damit jene, die das BO-Kno-how haben und Eltern und Jugendliche, die bestmögliche Unterstützung und Begleitung brauchen, sich treffen können. Darüber wird in weiteren Dialogen nachgedacht.

Wer Interesse hat, dabei zu sein, kann sich im Leader-Büro unter [post@dahoamaufbliau.at](mailto:post@dahoamaufbliau.at) für den nächsten Dialog am 2. November anmelden.

## Ideen-Pool

- Mobile Berufsausbildung
- Altes und Bewährtes ausbauen oder wieder aktivieren.
- Bürokratie vereinfachen.
- Die Eltern wissen selten, welche Bildungsmöglichkeiten es gibt, weil sie die Sprache nicht so gut verstehen. Vielleicht sollte es Informationszettel in anderen Sprachen geben würde.
- "muttersprachlichen Unterricht" (wäre was, was man für die größeren Migrantinnen/-innen-Gruppen im gesamten Bezirk anbieten könnte);
- Kooperationen mit Fußball- und Sportvereinen.
- ZG "Albaner aus dem Kosovo" andere Zugänge zur ZG schaffen (der Input von Adnan war da sehr interessant, dass die Eltern mit Schule aufgrund der Erfahrungen aus dem Krieg "Folter und Quälerei" verstehen).
- Aufsuchende Sozialarbeit zur BO – in die Familien gehen; kleine Treffen von migrantischen Gruppen in Schulen mit Dolmetsch, bei Veranstaltungen migrantischer Vereine dabei sein und Kontakte knüpfen... dazu braucht es



Strukturen (bestehende nutzen und ausbauen und finanzielle Mittel – Politik ist gefordert).

- Keine formalen Treffen, sondern Feste (Musik/Sport...) bei denen Infos weitergegeben werden.
- Schulen laden homogene migrantische Gruppen zu BO-Information ein – wenig Theorie, viele praktische Beispiele (ev. Role Model Pool einbinden) mit Übersetzung/Dolmetsch; kann auch Schul-übergreifend organisiert werden;
- Elternarbeit intensivieren – Wie??
- Bei kleinen Kindern mit BO ansetzen (schon in der Volksschule Berufe kennen lernen, ...)